

PRESSEAUSSENDUNGEN MEP GÜNTHER SIDL

KLIMASCHUTZ/GREEN DEAL	2
Sidl zum European Green Deal: Taten statt schöner Überschriften.....	2
Sidl: Bienenschutz ist effektiver Klimaschutz!	2
Sidl: 1-Billion-Euro-Plan zeigt Willen für grundlegenden Kurswechsel beim Klimaschutz	3
Sidl geht mit großem Vorsprung in die Nachtzug-Challenge.....	4
Sidl: EU-Klimagesetz ist der erste Schritt – Jetzt muss Klimapolitik konkret werden	4
Sidl fordert Klimaschutz mit Herz	5
Sidl: EU muss weg von Wegwerf-Gesellschaft.....	6
GLYPHOSATVERBOT	8
Sidl begrüßt erneuten Anlauf für Glyphosatverbot in Österreich	8
Sidl fordert Glyphosat-Verbot auf allen Ebenen	8
Sidl: Glyphosat-Zulassung stützt sich auf fragwürdige Studien	9
SCHUTZ FÜR HAUSTIERE	10
Sidl: Haustiere vor illegalem Handel schützen!	10
DATENSCHUTZ/CORONA	11
Sidl: Corona zeigt dringenden Nachbesserungsbedarf in der EU	11
Sidl sieht akuten Erklärungsbedarf bei A1.....	11

KLIMASCHUTZ/GREEN DEAL

OTS0065, 11. Dez. 2019

Sidl zum European Green Deal: Taten statt schöner Überschriften

Klimaschutz ist Chance für Europa

Heute präsentiert die EU-Kommission das Begleitpapier für den European Green Deal. Darin werden die grundlegenden Politikziele und die dafür notwendigen Gesetzesinitiativen vorgestellt. SPÖ EU-Abgeordneter Günther Sidl begrüßt die Stoßrichtung der Mitteilung: „Die EU muss bis 2050 klimaneutral werden. Das bedeutet eine enorme Herausforderung, bietet aber auch eine enorme Chance. Wenn Europa diese Chance nutzt, dann werden wir globaler Vorreiter bei Innovation und Entwicklung und damit sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand auf Jahrzehnte hinaus. Es gibt kein ‚entweder oder‘ zwischen Standort und Klimaschutz. Es ist hoch an der Zeit für ökonomisch und ökologisch sinnvolle Steuerungsmaßnahmen. Dazu brauchen wir auch Investitionen in unsere Zugverbindungen, den Ausbau von leistungsfähigen Stromnetzen und Datenleitungen.“

Weiters betont Günther Sidl: „Es ist entscheidend, mehr Jobs in ländlichen Regionen zu schaffen. Echte Klimaregionen haben ein Top-Angebot für die Menschen vor Ort. Kurze Wege bedeuten mehr Lebensqualität und sind gut für das Klima. Daher freue ich mich, dass die zentrale Aufgabe der Bekämpfung des Klimawandels mit Frans Timmermans jemandem zufällt, der auch die soziale Dimension des Klimawandels mitdenkt. Ohne eine gerechte Lastenverteilung werden wir keine Mehrheit überzeugen können, mit uns gemeinsam gegen den Klimawandel zu kämpfen. Die Menschen müssen die Unterstützung direkt spüren, besonders in von fossilen Industrien abhängigen Regionen.“

„Die EU-Kommission greift mit ihrem ‚European Green Deal‘ viele Maßnahmen auf, die das EU-Parlament seit Jahren einfordert, beispielsweise die Verschärfung der Klimaziele, eine CO₂-Grenzsteuer, oder ein Ende der Steuerprivilegien für die Luftfahrt. Wir wollen jedenfalls ein verlässlicher Partner sein, um die ambitionierten Überschriften mit Leben zu füllen“, versichert Günther Sidl und warnt die EU-Mitgliedstaaten eine Blockade-Haltung einzunehmen: „Am Ende des Tages zählt, was wir tatsächlich umsetzen und nicht, was wir in schönen Worten aufgeschrieben haben“, so Sidl abschließend.

.....

OTS0055, 18. Dez. 2019

Sidl: Bienenschutz ist effektiver Klimaschutz!

EU-Parlament fordert weniger Pestizide in der Landwirtschaft

Das Europaparlament macht sich heute für den Schutz der Bienen stark. In einer Resolution fordern die Abgeordneten von der EU-Kommission verbindliche Maßnahmen, um den dramatischen Rückgang der Bestäuber in der EU zu stoppen.

"Wir brauchen die höchsten Schutzstandards in der EU, um das Bienensterben zu stoppen. Seit Jahren gehen die Populationen von Honigbienen, Marienkäfern und anderen Bestäubern zurück. Wirksame Maßnahmen wurden von der Agrar-Chemie-Lobby immer wieder torpediert. Es muss uns in der EU gelingen, ein Umdenken beim Einsatz von Pestiziden einzuleiten. Denn diese haben direkte Auswirkungen auf die Artenvielfalt und die Qualität unserer landwirtschaftlichen Produkte.

84 Prozent der Pflanzenarten und ein Großteil der Lebensmittelerzeugung hängen von der Bestäubung durch Bienen ab", betont SPÖ-Europaabgeordneter Günther Sidl und ergänzt: "Hier ist auch die Landwirtschaft gefordert, denn der Umgang mit Pflanzengiften ist für die Natur und uns Menschen gefährlich. Eine nachhaltige Landwirtschaft, die in Einklang mit der Umwelt steht, geht Hand in Hand mit einem bienenfreundlichen Europa und ist gut fürs Klima."

.....

OTS0148, 14. Jan. 2020

Sidl: 1-Billion-Euro-Plan zeigt Willen für grundlegenden Kurswechsel beim Klimaschutz

Kampf gegen den Klimawandel gelingt nur, wenn wir alle mitnehmen

Die EU-Kommission legt heute erstmals konkrete Teile des European Green Deal vor. Sie will in 10 Jahren mindestens eine Billion - also 1.000 Milliarden Euro - für klimafreundliche Investments mobilisieren. Der SPÖ-EU-Abgeordnete Günther Sidl begrüßt diese Initiative: „Europa zeigt, dass der konsequente Kampf gegen die Klimaveränderung ein echtes Anliegen ist. Wir müssen aus der fossilen Energiegewinnung aussteigen. Unter dem Schlagwort ‚Just Transition‘ rücken dabei Regionen in den Fokus, die für den notwendigen Strukturwandel der kommenden Jahre besondere Hilfe brauchen. Kernenergie ist jedenfalls keine Alternative - sie ist nicht sicher, nicht wirtschaftlich und nicht nachhaltig. Wir als SPÖ wollen sicherstellen, dass der europaweite Kohleausstieg nicht den Einstieg in die Atomenergie bedeutet."

Günther Sidl stellt klar: „Das Projekt 'Green Deal' kann nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden und diese nicht das Gefühl bekommen, dass die Kosten auf ihren Schultern verteilt werden. Es braucht daher auch ein starkes Finanzpaket, um wirtschaftlich schwächeren Personen unter die Arme greifen zu können. Die EU muss ein echtes Vorbild sein. Es bedarf eines Umdenkens - das betrifft auch alle Politikbereiche und Förderungen. Ganz entscheidend sind dabei die Entwicklung einer europäischen Forschungsstrategie, der Ausbau unserer Infrastruktur sowie eine neue Regionalentwicklung."

Der SPÖ-EU-Abgeordnete sieht gerade in den ländlichen Regionen großen Handlungsbedarf: „Jetzt ist die Chance, echte Klimaregionen zu schaffen. Das bedeutet die Stärkung des öffentlichen Verkehrs, innovative Energieprojekte und eine Regionalförderung, die Arbeitsplätze, Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten vor Ort schafft. So attraktivieren wir ländliche Regionen als Wohn- und Lebensorte – mit kurzen Wegen für die Menschen. Eine aktive Klimapolitik bedeutet aktive Regionalentwicklung, deshalb darf es im neuen EU-Finanzrahmen keine Kürzungen in diesem Bereich geben.“

.....

OTS0041, 20. Jan. 2020

Sidl geht mit großem Vorsprung in die Nachtzug-Challenge

Niederösterreichischer EU-Parlamentarier bestreitet bereits seit Amtsantritt alle Fahrten nach Brüssel und Straßburg mit der Bahn

Seit dem 19. Jänner 2020 fährt wieder ein direkter Nachtzug von Österreich nach Brüssel. Zur Premierenfahrt hatte Greenpeace alle österreichischen EU-Abgeordneten zur Nachtzug-Challenge herausgefordert und dazu eingeladen, die Strecke nach Brüssel mit der Bahn zurückzulegen. Mit an Bord des ersten Nachtzugs war natürlich auch der niederösterreichische EU-Abgeordnete Günther Sidl (SPÖ), der schon seit seinem Amtsantritt im EU-Parlament im Juli alle Fahrten mit der Bahn bestritten hat: „Die Bahn ist das umweltfreundlichste Verkehrsmittel das wir haben – deshalb ist sie für mich ganz klar die erste Wahl für alle Strecken. Das neue Nachtzug-Angebot macht die Fahrt jetzt noch bequemer – ich hoffe, dass dadurch auch einige meiner Kollegen aus dem EU-Parlament auf die Schiene umsteigen.“

Den weiteren Ausbau des Angebots auf der Schiene fordert Sidl aber auch für Strecken innerhalb Österreichs – insbesondere auf den Nebenbahnen. „Der Klimaschutz wird nur dann funktionieren, wenn er im Alltag von uns allen ankommt. Dazu gehören gut ausgebaute Verbindungen auf allen Bahnstrecken, die die Schiene auch für Pendlerinnen und Pendler zur echten Alternative machen“, betont Sidl, der dafür Investitionen aus dem kürzlich angekündigten ‚Green Deal‘ einfordert.

.....

OTS0057, 4. März 2020

Sidl: EU-Klimagesetz ist der erste Schritt – Jetzt muss Klimapolitik konkret werden

Neues EU-Klimagesetz – von der Ambition zum verbindlichen Rechtsrahmen

„Der European Green Deal ist das zentrale politische Projekt der aktuellen Legislaturperiode und das europäische Klimagesetz ist dessen Herz. Damit gießen wir die politische Ambition in einen verbindlichen Rahmen“, erklärt SPÖ-EU-Abgeordneter Günther Sidl in Brüssel, wo die EU-Kommission heute auch ihren Vorschlag für das Klimagesetz präsentieren wird. Damit wird das grundlegende

Politikziel der Klimaneutralität bis 2050 gesetzlich verankert. „Wir müssen jetzt Tempo machen und das Klimagesetz vor der UN-Klimakonferenz COP26 im November beschließen und klar darlegen, welche Sektoren, was dazu beitragen. Das wäre ein starkes Zeichen der EU als Vorreiterin beim Klimaschutz auf internationaler Ebene.“

Um das Ziel der Klimaneutralität 2050 sicher zu erreichen, braucht es laut Sidl ambitionierte Zwischenziele für 2030 und 2040: „Nur so können wir überprüfen, ob wir auf dem richtigen Weg sind und gegebenenfalls rechtzeitig gegensteuern. Wenn wir erst 2050 feststellen, dass wir unsere Ziele verfehlt haben, ist es zu spät. Gleichzeitig bedeutet das auch Planungs- und Investitionssicherheit für die Wirtschaft. Anhand nationaler und sektoraler Klimaaktionspläne müssen alle über die notwendigen Maßnahmen im Bilde sein. Der Klimawandel ist eine Herausforderung, die uns alle betrifft. Und deswegen ist der Klimaschutz auch Aufgabe von uns allen. Wenn Europa diese Chance nutzt, dann werden wir globale Vorreiter bei Innovation und Entwicklung und damit sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand auf Jahrzehnte hinaus.“

„Alle Klimaschutzmaßnahmen müssen jedenfalls das Prinzip der gerechten Lastenverteilung achten. Das Projekt 'Green Deal' kann nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden und diese nicht das Gefühl bekommen, dass die Kosten auf ihren Schultern alleine verteilt werden. Es braucht daher auch ein starkes Finanzpaket für Innovation und Forschung und um wirtschaftlich schwächeren Personen und Regionen unter die Arme greifen zu können. Die EU muss ein echtes Vorbild sein. Es bedarf eines Umdenkens - das betrifft auch alle Politikbereiche und Förderungen“, so Sidl abschließend.

.....

OTS0021, 6. März 2020

Sidl fordert Klimaschutz mit Herz

EU-Parlamentarier tritt für gerechte Lastenverteilung zwischen EU-Staaten und innerhalb der Gesellschaft ein

„Der Klimaschutz ist endlich in der EU angekommen“, freut sich der niederösterreichische SPÖ-EU-Abgeordnete Günther Sidl über die jüngsten Vorschläge der EU-Kommission. Diese hat nach der Präsentation des so genannten „Green Deal“ jetzt auch einen Entwurf für ein Klimagesetz vorgelegt. „Es ist wichtig, dass wir uns ambitionierte Ziele setzen, um die Klimaneutralität so schnell wie möglich zu erreichen – aber das darf nicht zulasten der Bürgerinnen und Bürger geschehen“, mahnt Sidl eine gerechte Verteilung der Kosten ein.

„Es darf nicht sein, dass etwa ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und junge Familien die Zeche zahlen müssen, während es für Blockierer-Staaten, Großindustrie und Agrar-Konzerne Förderungen und Ausnahmeregelungen gibt“, so Sidl, der für eine ausgewogene Lastenverteilung zwischen den EU-Staaten, aber auch innerhalb

der Gesellschaft eintritt: „Klimaschutz darf nicht heißen, dass österreichische Haushalte mehr für den Strom zahlen müssen oder sogar die Heizung tauschen müssen, während andere keinen Beitrag leisten brauchen. Für junge Familien, für die schon der Tausch des Kühlschranks eine große Herausforderung ist, ist so etwas nicht zu stemmen.“

Green Deal für echte Klimaregionen nutzen!

„Die EU-Kommission will 1.000 Milliarden Euro für den Klimaschutz mobilisieren. Das ist eine unvorstellbare Summe, mit der das Leben der Menschen wirklich verbessert werden kann“, erklärt Sidl, der sich auch in diesem Bereich für eine verstärkte Regionalförderung einsetzt: „Der Klimaschutz wird nur dann wirklich bei den Menschen ankommen, wenn er alltagstauglich ist – etwa durch bessere Öffi-Verbindungen für Pendlerinnen und Pendler, kurze Wege durch Arbeitsplätze und Kinderbetreuungseinrichtungen vor Ort - oder durch gezielte Förderungen für Gebäudesanierungen, durch die weniger Energiekosten anfallen. Dadurch könnten echte Klimaregionen entstehen, in denen die Menschen gerne leben.“

.....

OTS0062, 11. März 2020

Sidl: EU muss weg von Wegwerf-Gesellschaft

Kreislaufwirtschaft - Reparieren statt Wegschmeißen ist Gebot der Stunde

Wien (OTS/SK) - Die EU-Kommission präsentiert heute, Mittwoch, eine neue Kreislaufwirtschaft-Strategie. SPÖ-EU-Abgeordneter Günther Sidl bewertet die Pläne als positiv: "Wenn die Ressourcen für unseren täglichen Konsum steigen, wachsen auch die Müllberge an. Das entspricht aber weder den Pariser Klimazielen noch dem Green Deal. Für ein klimaneutrales Europa heißt es energisch umsteuern: Abfall vermeiden, richtig recyceln und einfachere Reparaturen für Elektrogeräte. Schluss mit der Wegwerf-Mentalität, die Umwelt und KonsumentInnen teuer zu stehen kommt!"

Als "klaren Auftrag für die Industrie" sieht Günther Sidl insbesondere das Recht auf Reparatur. "Wer ärgert sich nicht, wenn der Handy-Akku nach zwei Jahren nicht mehr vollständig lädt? Die VerbraucherInnen müssen sich darauf verlassen können, dass Geräte auch zu vernünftigen Preisen repariert werden können. Reparieren statt Wegschmeißen muss das Gebot der Stunde sein. Vor uns liegt viel Arbeit, denn es geht darum, neue Standards im eigenen Haushalt, der Bau- und Textilindustrie und auch bei Elektrogeräten zu setzen", so Sidl.

Laut der Weltbank wird die globale Abfallproduktion bis zum Jahr 2050 um 70 Prozent steigen. Mit der Kreislaufwirtschaft-Strategie greift die EU-Kommission langjährige Forderungen des Europaparlaments auf, das Müllproblem in den Griff zu bekommen. "Die Richtung stimmt, die die EU-Kommission einschlägt, aber ambitionierte Vorschläge alleine machen noch keine Kreislaufwirtschaft. Es fehlt an

konkreten Etappenzielen in der Strategie. Ich erwarte mir, dass diese in den einzelnen Gesetzesvorschlägen nachgereicht werden", betont Sidl.

.....

GLYPHOSATVERBOT

OTS0079, 12. Dez. 2019

Sidl begrüßt erneuten Anlauf für Glyphosatverbot in Österreich

Alternativen zu Pestiziden fördern

„Der österreichische Nationalrat hat nun klargestellt, dass nicht Formalitäten, sondern der Schutz der Menschen und der Umwelt im Vordergrund stehen“, freut sich der niederösterreichische EU-Parlamentarier Günther Sidl (SPÖ), über die erfolgreiche Initiative der SPÖ, mit der das Glyphosatverbot in Österreich wieder möglich wird. Mit dem neuerlichen Beschluss im Nationalrat wird die Bundeskanzlerin aufgefordert, den Gesetzesentwurf unverzüglich nach Brüssel zu schicken. Damit kann -nach Ablauf der dreimonatigen Frist, in der die EU Einwände anmelden könnte - das Gesetz erneut beschlossen werden. "Statt einen Streit über Formalitäten auszutragen haben die österreichischen Parlamentarier eine schnelle Lösung gefunden, um Glyphosat endlich flächendeckend zu verbieten. Das ist ein positiver Schritt, der auch die Lebensmittelsicherheit steigern wird“, so Sidl weiter.

„Pflanzengifte landen letzten Endes immer auf unseren Tellern – damit muss endlich Schluss sein“, zeigt sich Sidl von der sachlichen Notwendigkeit des Glyphosatverbots überzeugt. Sidl setzt sich im Umweltausschuss des EU-Parlaments auch für die Erforschung von Alternativen zu Pestiziden ein: „Der Umgang mit Pflanzengiften ist für die Natur und die Menschen gefährlich – daher reicht es auf lange Sicht nicht, einzelne Pflanzengifte zu verbieten. Hier müssen nachhaltige Alternativen gefördert werden.“

.....

OTS0067, 6. Feb. 2020

Sidl fordert Glyphosat-Verbot auf allen Ebenen

Europäischer Rechnungshof kritisiert Einsatz von Pestiziden scharf

Der Rechnungshof in Luxemburg hält die Gesetzgebung in der EU für weniger Pestizide für weitgehend wirkungslos. "Der Bericht der RechnungsprüferInnen zeigt wieder einmal deutlich, wie notwendig strengere Regeln sind. Pflanzengifte landen letzten Endes immer auf unseren Tellern, deshalb ist es umso wichtiger, dass ein europäisches Glyphosat-Verbot folgt", ist SPÖ-EU-Umweltsprecher Günther Sidl überzeugt.

"Trotz Beschluss im Nationalrat sind von der türkis-grünen Bundesregierung bisher noch keinerlei Signale der Unterstützung oder irgendeiner konsequenten, zukunftsorientierten Position dazu gekommen. Ich hoffe nicht, dass die Grünen ihre bisherige Haltung am Altar der Regierungsbeteiligung geopfert haben. Es braucht

aber gerade jetzt dringend ein konsequentes Handeln und klare Maßnahmen. Die Zeit der Ankündigungspolitik muss endlich vorbei sein", sagt der SPÖ-Europaabgeordnete.

Außerdem müsse ein flächendeckendes Verbot von Umweltgiften ein Schwerpunkt sein, der sich von der Umweltpolitik auch in die gemeinsame EU-Agrarpolitik zieht. "Neben einem Umdenken in der Landwirtschaft müssen auch nachhaltige Alternative zu Pestiziden gefördert werden. Wer die Umwelt verschmutzt, muss in Zukunft weniger Fördermittel bekommen", so Sidl.

.....

OTS0030, 12. Feb. 2020

Sidl: Glyphosat-Zulassung stützt sich auf fragwürdige Studien

EU-Parlamentarier fordert sofortige Untersuchung des Zulassungsverfahrens

Bereits im Oktober 2019 wurde bekannt, dass im Hamburger Testlabor LPT (Laboratory of Pharmacology and Toxicology) seit Jahren Studienergebnisse manipuliert wurden. Wie Global2000 heute berichtet, ist genau dieses Testlabor auch für rund 20 Studien verantwortlich, die im Zulassungsverfahren für das Pflanzengift Glyphosat als Entscheidungsgrundlage herangezogen wurden. „Das ist ein Skandal. Die EU darf die Gesundheit ihrer BürgerInnen nicht von gefälschten Studienergebnissen abhängig machen“, betont der niederösterreichische SPÖ-EU-Parlamentarier Günther Sidl, der eine sofortige Untersuchung des Zulassungsverfahrens fordert: „Es geht um schwerwiegende Vorwürfe, die auch die Zulassungsverfahren von etlichen anderen Produkten – nicht zuletzt die von Arzneimitteln – in Frage stellen. Die EU-Kommission muss sofort handeln und das Zulassungsverfahren nochmals überprüfen. Bis es hier ein Ergebnis gibt, muss die Zulassung für Glyphosat entzogen werden.“

Im Zulassungsverfahren für Glyphosat wurden mehrfach Zweifel daran geäußert, ob das Pflanzengift krebserregend sei oder sogar die menschliche Erbsubstanz schädigen könnte. Die Bewertung, dass es hier keine Risiken gebe, stützt sich auf insgesamt 150 Studien, von denen jede siebte mit dem Testlabor LPT in Verbindung steht. „Dieser Fall wirft viele Fragen auf. Einerseits brauchen wir offensichtlich noch bessere Kontrollen in diesem Bereich, andererseits müssen wir auch klären, welche Studien in den Zulassungsverfahren herangezogen werden“, erklärt Sidl die mittelfristigen Auswirkungen der bekannt gewordenen Vorwürfe, die er auch so rasch als möglich im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ansprechen wird.

.....

SCHUTZ FÜR HAUSTIERE

OTS0044, 12. Feb. 2020

Sidl: Haustiere vor illegalem Handel schützen!

EU-Parlament fordert Maßnahmenpaket

"Hungrig, verschmutzt und viel zu früh von der Mutter getrennt – das ist die traurige Realität für viele Babywelpen. Sie werden unter grausamen Umständen gezüchtet, um danach quer durch Europa verschickt zu werden. Deshalb gehört dem illegalen Handel mit Haustieren dringend ein Riegel vorgeschoben", so SPÖ-Europaabgeordneter Günther Sidl, Mitglied im Umweltausschuss, im Vorfeld der heutigen Abstimmung über eine entsprechende Resolution.

Im EU-Parlament fordern die Abgeordneten einen Aktionsplan gegen Tierschmuggel von der EU-Kommission. Dazu gehört eine verbindliche Registrierung von Hunden und Katzen sowie strengeren Kontrollen von Seiten der Behörden und TierärztInnen. Der SPÖ-Politiker fordert "null Toleranz gegenüber falschen Haustier-Pässen". Mehr Anreize sollen auch geschaffen werden, um mehr Haustiere zu adoptieren statt zu kaufen. "Viele Hunde und Katzen warten in Tierheimen noch auf ein neues Zuhause. Auch so können wir den illegalen Tierhandel eindämmen. Jede gesetzte Maßnahme gegen Tierleid und illegalen Tierhandel ist absolut unterstützenswert", betont Sidl.

.....

DATENSCHUTZ/CORONA

17.3.2020

Sidl: Corona zeigt dringenden Nachbesserungsbedarf in der EU

EU-Abgeordneter aus NÖ fordert klare Strukturen für Krisenfälle

„Die Corona-Krise legt das fehlende Krisenmanagement in der EU schonungslos offen“, betont der niederösterreichische EU-Abgeordnete Günther Sidl (SPÖ), angesichts der zahlreichen unkoordinierten Einzelaktionen der Mitgliedsstaaten. „Wir erleben gerade einen globalen Notstand, auf den wir nicht nur regional reagieren können. In den letzten Wochen war zu sehen, was passiert, wenn in einer solchen Situation eine koordinierende Stelle fehlt – es kommt zu zögerlichen, vereinzelt Aktionen, die nicht den vollen Nutzen entfalten können“, so Sidl weiter, der die Einführung klarer Strukturen und entsprechender Kompetenzen für die Europäische Union einfordert.

„Egal ob es um Grenzschießungen, Flugverbote oder Gesundheitstests bei der Einreise geht - eine flächendeckende Wirkung kann hier nur durch die EU sichergestellt werden“, erklärt Sidl, der hierfür die entsprechenden Kompetenzen einmahnt: „Wir müssen aus der aktuellen Krise die richtigen Lehren ziehen. Natürlich sollen die Nationalstaaten weiterhin für die Gesundheitsversorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger zuständig sein. Fragen die den Personen- und Warenverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten betreffen, können wir in einer solchen Situation aber nicht Einzelinteressen überlassen.“

Handlungsfähige Union ist unerlässlich für die Krisenbewältigung

Neben der Klärung der notwendigen Kompetenzen im Krisenfall spricht sich Sidl auch für Sofortmaßnahmen aus. „Jetzt geht es um Schadensbegrenzung. Die EU-Kommission muss die Versorgung mit Lebensmitteln und medizinischen Produkten in ganz Europa sicherstellen und schon jetzt die Koordination übernehmen“, so Sidl, der sich dafür auch im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit einsetzen wird. "Die EU-Kommission hat jetzt endlich erste Schritte in diese Richtung gesetzt, aber das geht noch nicht weit genug. Die Ernennung eines Corona-Beauftragten ist der logische, nächste Schritt", unterstützt Sidl auch die Forderung von SPÖ-Delegationsleiter Andreas Schieder.

.....

OTS0067, 18. März 2020

Sidl sieht akuten Erklärungsbedarf bei A1

EU-Abgeordneter aus NÖ kritisiert Weitergabe von Bewegungsdaten

St. Pölten (OTS) - „Der Datenschutz ist ein Grundrecht und gilt auch in Krisenzeiten. Hier geht es um heikle Fragen, die tief in die Privatsphäre der Menschen gehen“, betont EU-Abgeordneter Günther Sidl (SPÖ), angesichts der bekannt gewordenen Weitergabe von Bewegungsdaten von A1 an die Bundesregierung. „Hier braucht es schnell Klarheit für alle. Daher habe ich mich direkt an A1 gewandt und eine Erklärung für die Vorfälle eingefordert“, erklärt Sidl.

Gleich nach Bekanntwerden der Datenweitergabe hatte Sidl eine schriftliche Anfrage an das Unternehmen gerichtet. „Ich wollte ohne Umwege erfahren, welche Daten bisher übermittelt wurden, wer diese Daten angefordert hat bzw. auch welche Rechtsgrundlage dafür angeführt wird“, erklärt Sidl, der auch nachgefragt hat, wie A1 sichergestellt hat, dass die angegebene Anonymisierung DSGVO-konform ist sowie ob es auch außerhalb der aktuellen Situation zu Datenweitergaben an Dritte kommt. „Ich gehe davon aus, dass A1 hier zur schnellen und gründlichen Aufklärung beitragen will und hoffe, dass alle Fragen umfassend schriftlich beantwortet werden“, sagt Sidl.

Gesetzlicher Rahmen darf nicht überschritten werden

„Natürlich müssen jetzt alle dazu beitragen, dass die Auswirkungen von Corona so gering wie möglich ausfallen – aber dabei darf der gesetzliche Rahmen nicht überschritten werden“, so Sidl, der gleichzeitig die Bedeutung der Telekom-Unternehmen in der aktuellen Krise betont: „Gerade jetzt brauchen wir stabile Kommunikationsnetze. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Telekom-Unternehmen die mitten in der Krise dafür sorgen.“

.....